

Diskriminierung als kulturelle Bereicherung!

Von E. Noldus.

Vorausgeschickt sei eine Erinnerung: Vor über fünfundzwanzig Jahren berichtete eine OP-Schwester aus dem Bekanntenkreis dem Verfasser, daß ein Arzt aus dem Nahen Osten sich weigerte, von ihr Operationsbesteck anzunehmen. Diese an einem Oberhausener Krankenhaus angesiedelte Begebenheit ging damals unter uns als belächeltes Kuriosum durch.

Nun hört man etwas ähnliches vom Johannes-Wesling-Klinikum in Minden. Da sich die Zeiten geändert haben und niemand mehr lächeln kann, hat man dort Wege gefunden, im Einklang mit der politischen Korrektheit kultursensibel zu handeln.

Laut einem Bericht der Mindener „Neuen Westfälischen“ vom 2. 4. 2019 arbeitet dort ein Arzt aus einem Staat im Nahen Osten, der während der Operation ausschließlich von Männern unterstützt werden möchte. Das Problem wird subtil durch eine entsprechende Dienstplanung aus der Welt geräumt.

Leider ist es nun vorgekommen, daß der Arzt mehrfach operationstechnische Assistentinnen „aus dem Operationssaal“ geworfen habe, wie eine betroffene Mitarbeiterin anonym berichtet hat. Die „Neue Westfälische“ wörtlich:

„Beschwerden der Betroffenen werden nach Angaben der Mitarbeiterin von Vorgesetzten nicht ernst genommen. ‚Stattdessen wird uns vorgeworfen, dass wir uns gezielt gegen den Arzt stellen, obwohl das Klinikum dringend auf ausländische Ärzte angewiesen ist.‘ Dieser Vorwurf trifft die Mitarbeiterin besonders. ‚Unserer Kritik richtet sich doch nicht gegen seine Herkunft, sondern gegen sein Verhalten. Anstatt den Arzt für sein diskriminierendes Vorgehen zu sanktionieren, wird den Betroffenen nun Diskriminierung vorgeworfen.‘“

Die Mühlenkreiskliniken (MKK), zu dessen Verbund die Mindener Klinik gehört, streiten die Vorwürfe ab. MKK-Sprecher Christian Busse: „Bei der Erstellung des Dienstplans spielt das Geschlecht keine Rolle. Auch ist den Dienstplanverantwortlichen kein entsprechender Wunsch eines Arztes bekannt... Die Mühlenkreiskliniken würden ein solches Ansinnen, von wem auch immer geäußert, kategorisch ablehnen. Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Nationalität, der ethnischen Herkunft, der religiösen Überzeugung, der sexuellen Identität, des Alters oder aufgrund einer Behinderung passen in keiner Weise zum Selbstverständnis unseres Klinikverbundes.“

Es sei bisher keine Beschwerde über ein solches Fehlverhalten angezeigt worden. „Der Klinikverbund verfügt über zahlreiche interne und externe Möglichkeiten für Mitarbeiter, Fehlverhalten anzuzeigen. Neben dem direkten Vorgesetzten stehen auch die Mitglieder der Betriebsleitungen für Gespräche zur Verfügung. Auch die Mitglieder des Personalrats bieten vertrauliche Gesprächsmöglichkeiten an.“ Als externer Ansprechpartner stehe zudem allen Mitarbeitern ein Rechtsanwalt als Vertrauensmann zur Verfügung.

Die „Neue Westfälische“ schreibt weiter, daß die Vorfälle durch einen weiteren (männlichen) Klinikmitarbeiter bestätigt werden, aber die Betroffenen aus Angst vor Repressalien des Arbeitgebers schweigen.

Der AfD-Kreisverband Minden hat dazu am 7. April eine Stellungnahme verfaßt. Der als Vorgesetzter und Verwaltungschef verantwortliche Landrat Dr. Niermann werde seiner Fürsorgepflicht nicht gerecht. Neben einem weiteren Vorgang – der fristlosen Entlassung eines Chefarztes in einer anderen, von dem hier betrachteten Vorfall unabhängigen Sache – kommentiert die Pressemitteilung:

„Zur gleichen Zeit melden sich offensichtlich bei der Presse immer weitere Mitarbeiter des Klinikums, die von frauenverachtendem Verhalten eines Arztes berichten und sich augenscheinlich einer Atmosphäre der Angst und der Verunsicherung gegenübersehen. Nach neuesten Berichten wohl nur die Spitze des Eisbergs. Statt den Vorwürfen nachzugehen, zieht man die Glaubwürdigkeit der Zeugen in Zweifel.“

Der widerlichste Aspekt in dieser Geschichte liegt darin, daß die offenbar diskriminierten Frauen ihrerseits – natürlich nur intern im Personalgespräch – als potentiell rassistisch dargestellt werden und die Klinikleitung bzw. der Klinikverbund nach außen sich hinter einem politisch-korrekten Wortschwall verschanzt. Das Problem ist hier nicht der Arzt selbst, der wie selbstverständlich die Anerkennung seiner Wertvorstellungen fordert und erwarten kann. Er ist in seinem Verhalten nur das Produkt eines deutschen Umfeldes, welches ihm servil und devot gegenübertritt.

Was passiert nun, wenn der Arzt selbst diskriminiert werden würde? Dann würden „Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit“ einspringen. Es gibt sie in Aachen, Köln, Siegen, Duisburg und Dortmund. Um auch keine Unklarheit aufkommen zu lassen: Die Mindener Frauen können sich nicht dorthin wenden, denn das „Infopaket Flucht und Asyl“ kennt und benennt nur eine Form von Rassismus. In politisch korrekter Gender-Sprache nennt das Blatt Zeug_innen oder Kund_innen. Nur „der Diskriminierende“ ist männlich (im Dativ), denn „eine Diskriminierende“ kann es ja nicht geben.

Wir lassen im Anhang das hier angesprochene Blatt folgen und bieten für den Fall, daß die Mindener Klinik mangelnde Kultursensibilität zeigt, dem betroffenen Arzt die hilfreiche Hand an, indem wir eigens für ihn weitere Hilfsangebote aufzeigen.